

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Pascal Meiser, Bernd Riexinger, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/23111 –**

Applaus allein genügt nicht – Tarifrunde im öffentlichen Dienst für eine bessere Entlohnung und Entlastung der Beschäftigten nutzen

A. Problem

Aus Sicht der antragstellenden Fraktion besteht im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen insbesondere angesichts der Herausforderungen durch die Corona-Krise der Bedarf nach einer besseren Entlohnung sowie der Angleichung der Arbeitszeiten in Ost und West. Die Bundesregierung ist aufgefordert, hierfür die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/23111 abzulehnen.

Berlin, den 18. November 2020

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer
Vorsitzender

Martin Gerster
Berichterstatter

Klaus-Dieter Gröhler
Berichterstatter

Marcus Bühl
Berichterstatter

Christoph Meyer
Berichterstatter

Victor Perli
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Martin Gerster, Klaus-Dieter Gröhler, Marcus Bühl, Christoph Meyer, Victor Perli und Dr. Tobias Lindner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/23111** in seiner 183. Sitzung am 8. Oktober 2020 zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Gesundheit sowie den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern,

1. sich dafür einzusetzen, dass die Arbeitgeberseite des öffentlichen Dienstes für den Bund und die Kommunen den Forderungen der Gewerkschaften insbesondere nach einer besseren Entlohnung sowie der Angleichung der Arbeitszeiten in Ost und West nachkommt;
2. die dafür notwendigen Finanzmittel für die Beschäftigten des Bundes in den Haushaltsplänen ab 2021 einzustellen;
3. einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem sichergestellt wird, dass die Kommunen dauerhaft über eine bessere finanzielle Ausstattung verfügen, um dringend notwendige Investitionen als auch ausreichend Personal und Lohnsteigerungen für einen attraktiven und leistungsfähigen öffentlichen Dienst finanzieren zu können.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/23111 in seiner 112. Sitzung am 18. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/23111 in seiner 107. Sitzung am 18. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/23111 in seiner 94. Sitzung am 18. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/23111 in seiner 99. Sitzung am 18. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/23111 in seiner 118. Sitzung am 18. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 19/23111 in seiner 61. Sitzung am 18. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 19/23111 in seiner 79. Sitzung am 18. November 2020 abschließend beraten. Der **Haushaltsausschuss** beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/23111 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefasst.

Berlin, den 18. November 2020

Martin Gerster
Berichterstatter

Klaus-Dieter Gröhler
Berichterstatter

Marcus Bühl
Berichterstatter

Christoph Meyer
Berichterstatter

Victor Perli
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter